

Eigenbeweis für zivil-militärische KIT-Atomforschung

In der [Kleinen Anfrage](#) der GRÜNEN Bundestagsfraktion wird auf eine Netzdarstellung der [Anti-Atom-Bewegung](#) über die Forschung der [Arbeitsgruppe Dr. X.N. Chen](#) am IKET des KIT Bezug genommen, die gegen das KIT-Gesetz verstößt. Die völlig inhaltsleere [Antwort der Bundesregierung](#) legt für einen neutralen Leser den Eindruck nahe, dass eine aus der Luft gegriffene Behauptung vorliegen muss. Dieser Entscheidung der Bundesregierung wird eine entsprechende Information des KIT-Präsidiums zugrunde gelegen haben.

Die Damen und Herren haben offensichtlich nicht daran gedacht, dass das Internet nur so wimmelt von beweiskräftigen Informationen, die in internationalen Konferenzen in der Standardsprache Englisch publiziert werden. Nicht unwesentlich dabei ist, dass in den USA seit jeher Militärisches und Ziviles in einen Topf geworfen wird.

Es geht um eine Natur-Konvektionskühlung mit Flüssigmetall. Die Flüssigmetall-Kühlung mit Pumpen wird in atomaren Leistungsreaktoren weltweit schon lange praktiziert. Das Kühlmittel nennt sich Blei-Wismut-Eutektikum und die Attraktivität der Natur-Konvektionskühlung für militärische Zwecke ist ihre Geräuschlosigkeit.

Man gebe als google-Suchbegriffe ein »natural convection LBE (lead-bismuth eutectic)« und wird rasch fündig. Hier nur ein einziger Eigenbeweis aus 2013:

- X.-N. Chen "On LBE Natural Convection and its Water Experimental Simulation" ICENES 2013, 16th International Conference on Emerging Nuclear Energy Systems, Madrid, Spain, 26-30 May, 2013 <http://www.icenes2013.org/ViewFile.aspx?codReq=55> and <http://www.iket.kit.edu/584.php>

Das Präsidium der hochgelobten Forschungs- und Bildungseinrichtung KIT muss dringend daran erinnert werden, dass es nicht wie ein Privatunternehmen Profitinteresse verfolgen kann, sondern gesetzeskonform im Gemeinwohl zu handeln hat. Erschwerend kommt hinzu, dass diese Atomforschung dem Atomausstieg widerspricht und endlich zu konvertieren ist.

Das alles gilt umso mehr für die beiden zuständigen Geldgeber Bundes- und Landesregierung, die die Einhaltung des KIT-Gesetz zu garantieren und die Pflicht zum Eingreifen haben statt die Parlamente und die Öffentlichkeit über einen [eklatanten Gesetzesverstoß](#) hinters Licht zu führen. Das sollte gerade eine Bundesministerin mit akademischer Bildung begreifen und danach handeln.

*Dr. Dietrich Schulze
Karlsruhe, den 30. Januar 2015*